

Danziger Volksstimme

Einzelpreis 10 Danziger Pfennig

Organ für die werktätige Bevölkerung der Freien Stadt Danzig

Nr. 17

Montag, den 21. Januar 1924

15. Jahrg.

Bezugspreis monatlich 2,50 Gulden, wöchentlich 0,50 Gulden, in Deutschland 2,00 Goldmark, durch die Post 2,50 Gulden monatlich. Anzeigen: die 8. u. 9. Zeile 0,30 Gulden, Restzeile 1,00 Gulden, in Deutschland 0,70 und 1,50 Goldmark. Abonnements- und Inseratenaufträge in Polen nach dem Danziger Tageskurs.

Geschäftsstelle: Danzig, Am Spandhaus Nr. 6
Postfachkonto: Danzig 2945
Fernsprecher: Für Schriftleitung 720,
für Anzeigen-Annahme, Zeitungs-
bestellung und Drucksachen 3290.

Ueble Dünste.

Wie in Danzig Politik gemacht wird.

Als wir seinerzeit das Spiel der bürgerlichen Parteien festnagelten, die unter Ausschluß aller Öffentlichkeit wochenlang über die Regierungsbildung rechtelmechtelten, ließ eines Tages der deutschnationale Vizepräsident des Senats, Dr. Jachim, der die Verhandlungen über die Regierungsbildung führte, in seinem offiziellen Parteiorgan eine bombastische Erklärung los, in der er sich gegen die „sozialdemokratischen Märchen“ wandte und seinen Spießbürgern versicherte, daß man zur gegebenen Zeit die Öffentlichkeit unterrichten werde. Darüber sind nun Wochen hingegangen, der Senat ist inzwischen neu gewählt, aber die „gegebene Zeit“, in der die Öffentlichkeit über die Grundlinien der neuen Regierungskoalition unterrichtet werden sollte, ist noch immer nicht gekommen. Sie wird auch nicht kommen. Man wird sich mit der Bekanntgabe des Regierungsprogramms begnügen.

Es ist angebracht dieses beharrlichen Schweigens immerhin interessant, daß nunmehr ein Teilnehmer an diesem wochenlangen Rechtelmechtel, der im letzten Augenblick wieder ausgeschiffte Dr. Eppich, in der „Danziger Mundschau“ seinem nunmehr wieder oppositionellen Herzen Lust macht und einigtes aus der Schale plaudert. Dr. Eppich schreibt unter der Überschrift „Mänke“ folgendes:

Man müßte das ganze verwickelte politische Mänkepiel aufdecken, das bei dieser Regierungsbildung von einzelnen Parteiführern ins Werk gesetzt wurde, um jene Gründe ganz klar zu legen. Es kann hier wegen Raummanuels nur das Wesentlichste angedeutet werden. Infolge des Widerstandes der Deutschnationalen gegen die Senatskandidatur des Herrn Jewelowski war die Deutsche Partei in die peinliche Notwendigkeit verwickelt worden, sich von der Regierungsbildung fernzuhalten. Nicht nur manchen prominenten Mitgliedern der D.P. war dieser ehrenhalber sehr abhaltende Standpunkt sehr unersreulich, sondern auch den beiden Großindustriellen, die in der Volkspartei das Best in der Hand haben und die den industriellen und kaufmännischen Anhängern der D.P. sehr nahe stehen. Man sagte sich mit Recht, daß es nicht im Interesse der Allgemeinheit läge, die einflussreichen und wichtigen Wirtschaftskreise der Deutschen Partei von der politischen Arbeit auszuschließen. Zum anderen war es notwendig, für die zu bildende Minderheitsregierung sich der wohlwollenden Neutralität der Deutschen Partei zu versichern. Das konnte nur geschehen, wenn man ihr die Wege dafür ebnete, später in die Regierung einzutreten — u. a. ohne Herrn Jewelowski.

Die ersten Hindernisse, die diese Wege sperren, waren aus naheliegenden Gründen die Fraktionsgemeinschaft der Volkspartei mit der N.A.-Gruppe und deren mit; die Befürchtung der führenden Wirtschaftler, die Mitarbeit der N.A.-Gruppe möchte ihrer Politik ernste Schwierigkeiten bereiten; unsere Stellung als „Abtrünnige“ der Deutschen Partei; nicht zuletzt der Wunsch, durch das Abweichen von unserer Gruppe und insbesondere von der Person des Verfassers der Deutschen Partei eine Genugtuung zu gewahren.

Die Ausführungen Dr. Eppichs zeigen zum mindesten eines klar, nämlich, was von der „Opposition“ der Deutschen Partei zu halten ist. Bei der Senatswahl in der vorigen Woche müßte man anstandslos Jewelowski die Stange halten. Nachdem er nunmehr „freiwillig“ verzichtet hat, ist die Senatswahl auch wieder für die Deutsche Partei frei, und es wird nicht mehr lange dauern, dann wird Herr Zeitungsführer auch wieder auf einem Senatsstuhl Platz nehmen. Natürlich nur aus staatsbeherrschendem Interesse.

Dr. Eppich wendet sich dann gegen die „Schwindel“-nachricht der „D. N.“, daß er auch mit den deutschsozialen rechtelmechtelt habe. Auch wir hatten diese Nachricht gebracht, und sie war durchaus nicht ganz unwahrscheinlich, wenn man bedenkt, daß der sozial sein wollende Dr. Eppich sich mit einer reinen Unternehmerpartei wie es die Deutsche Partei ist, zusammenschloß, die ihre Arbeitseinkünfte schon in der letzten Volkstagsitzung bewies, wo sie gegen eine baldige Verabschiedung des Arbeitsamergesetzes Stellung nahm. Wenn Dr. Eppich heute nicht mehr mit diesen Unternehmervertretern in einer Partei sitzt, so ist das wahrlich nicht sein Verdienst. Dafür ist jetzt die wirtschaftsnationale Gewerkschaftsbeamten-Abteilung, Geschäftsführerin des Verbandes der weltlichen Handels- und Bureauangestellten weiterhin Fraktionsmitglied der Unternehmer Fraktion, Ungar und Kodatis.

In einem Fall hat Dr. Eppich recht. Die bürgerliche Presse hat kein Recht, ihm persönlichen Ehrgeiz vorzumerken, während für die anderen bürgerlichen Politiker nur das „Wohl der Allgemeinheit“ maßgebend sein soll. Dr. Eppich will hier aus „Anstandsgründen“ nicht aus der Schale plaudern. Wir haben diese „Anstandsgründe“ nicht, da wir keine Veranlassung haben, die kapitalistische Interessenpolitik der bürgerlichen Parteien irgendwie zu schonen.

Wie will eine Partei in den Augen anständiger Politiker eingeschätzt werden, die sich vor den Wahlen als spezielle Interessenvertretung der Hausbesitzer aufspielte und die sofort nach den Wahlen, die ihr nur 6 Abgeordnete und damit keine Fraktionsstärke gebracht hatten, sich bemühte, den Vertreter des Mietervereins, den Abg. Groszkowski, als Fraktionsgenossen zu gewinnen. Die Hausbesitzer wollte man jetzt gerne opfern. Die Erreichung der Fraktionsstärke war ein Ziel, für das eben kein Opfer groß genug ist.

Noch ein Beispiel, was bürgerliche Politiker fertig bekommen, die sich nicht genug über Korruptionserrscheinungen in der Sozialdemokratie ereifern können. Ein bürgerlicher Abgeordneter bekam es fertig, im Monat Juli als Parteibeamter von zwei damals bestehenden Parteien Gehalt zu nehmen. Vielleicht glaubte dieser bürgerliche Parteipolitiker nicht mit Unrecht, daß im Grunde ja alle bürgerlichen Parteien eine einzige Masse sind und das Geld hier wie dort aus derselben Quelle, nämlich den Taschen des Unternehmertums fließt. Dieser Geschäftsmann ist heute Mitglied des Volkstages. Wehe aber, wenn solche Dinge einen Mann passieren würde, der dem Unternehmertum nicht genehm ist. Dann würde es im bürgerlichen Blattwerk kräftig rauschen in verdammenden Urteilen.

Alle diese Dinge zeigen nur das eine immer wieder, daß allen bürgerlichen Parteien alle Programme, alle Grundzüge und alle Moralforderungen schnuppe sind, wenn es sich um die Erhaltung ihrer Macht dreht.

Der Staat als Lohndrücker.

Aus Berlin wird gemeldet:

Der „Montag Morgen“ veröffentlicht ein Schreiben des Reichsfinanzministers Dr. Luther an den Reichsarbeitsminister, das in den Kreisen der Beamten der Privatwirtschaft und des ganzen Unternehmertums großes Aufsehen und scharfe Opposition zu erregen geeignet ist. Der Reichsfinanzminister beginnt in seinem vertraulichen Schreiben einen Feldzug gegen diejenigen Löhne und Gehälter der Privatangestellten, die höher liegen als diejenigen der Staatsangestellten und Staatsarbeiter. Uebrigens enthält die ministerielle Aufforderung auch eine kaum begriffliche Drohung gegen die Schlichtungsämter für den Fall, daß sie sich den ministeriellen Wünschen nicht fügen. Es heißt in dem Schreiben wörtlich: „Eine Gefundung der Finanzlage des Reiches wird sich letzten Endes nur dann erreichen lassen, wenn auch die Privatwirtschaft durch eine der allgemeinen Notlage angepasste Lohnpolitik zu einem Abbau der Warenpreise und einer Hebung des Absatzes kommt, die sie lebensfähig erhält und auf dem Weltmarkt mit Erfolg konkurrieren läßt. In diesem Zusammenhang darf ich darauf hinweisen, daß es mir nur bei einer weiteren Senkung der allgemeinen Lebenshaltungskosten möglich sein wird, an den zurzeit geltenden Sätzen für die Bezüge der Staatsbediensteten festzuhalten. Die vorhandene Mißstimmung und Beunruhigung würden neuen Boden gewinnen, wenn die Arbeitnehmer der Privatwirtschaft in helgendem Maße eine unverhältnismäßig höhere Bezahlung erhalten würden als diejenigen des Reiches.“

Der Kampf um den Ausnahmezustand.

Zeit Wochen führt die deutsche Sozialdemokratie den Kampf gegen das überflüssige Ausnahmerecht. Sie steht in diesem Bestreben, allen Staatsbürgern das ihnen nach der Verfassung zustehende gleiche Recht im Gegensatz zur Gegenwart wiederzugeben, nicht mehr allein. Demokraten und Zentrum sind hinsichtlich des Ausnahmezustandes der gleichen Meinung wie die Sozialdemokratie und auch in den Reihen der Volkspartei wird sie vielfach geteilt. Das liegt nicht etwa in einem sozialdemokratischen Blatt, sondern in der bürgerlichen „Positiven Zeitung“ vom Freitag abend, die darüber hinaus ergänzend mitzuteilen weiß, daß der Hauptwiderstand gegen die Aufhebung von dem demokratischen Reichswehrminister Wecker kommt. Tatsächlich ist Wecker militärischer als die Militärs und steht in vollkommenem Gegensatz zu seiner eigenen Fraktion, die leider wieder einmal den Eindruck eines Kollegiums von Damwellmännern bildet. Das ist überhaupt das Traurige bei dem Kampf um den Ausnahmezustand, daß die Mehrzahl der Partei mit nach einer Auffassung ist, bisher aber nicht den Mut ausgebracht hat, endlich auch die Regierung, in der sie vertreten ist, zu zwingen, von einem Zustand, der sich gegen den Willen des Volkes richtet, abzulassen. Diese Forderung fördert geradezu die Behauptungen der Deutschnationalen Partei auf Aufrechterhaltung der Militärherrschaft. Diese Partei will mit der Aufrechterhaltung des Ausnahmezustandes das Gegenteil dessen erreichen, was die erworbte

staatserhaltenden Parteien anstreben. Sie erwartet von ihm in Anbetracht der Erbitterung in weiten Volksschichten die Erörung von Ruhe und Ordnung, insbesondere dadurch, daß für die Militärherrschaft Reichsmittel unnötig verausgabt werden, während die darbenenden Massen weiterhungern. Uebrigens entspricht das durchaus dem Charakterzuge der ehemaligen Konservativen und heutigen Deutschnationalen. Mitleid für Hungernde haben sie nie empfunden, während für andere Dinge endlos das Geld aus ihren Taschen floß. So ist es auch heute. Während sich die Sozialdemokratie bemüht, für die Erwerbslosen eine ausreichende Unterzählung durch eine harte Belastung des Besitzes zu erlangen, und die abgebauten Beamten einem zufriedenstellenden Broterwerb zuzuführen, haben die Deutschnationalen keine andere Sorge als nach Möglichkeit Steuern zu hinterziehen, um die erübrigten Gelder zur Durchführung eines Volksentwehrs für die Wiedererrichtung der schwarzen Wehr zu verwenden. Dieses Beispiel beweist zur Genüge, wie es mit der Sorge der deutschnationalen Partei um das Volk bestellt ist, es zeigt aber auch, daß die Reaktionsparteien endlich Aufsch nehmen sollten, für die Befreiung unseres Volkes von der unerträglichen und sich als deutschnationaler Propagandamittel auswirkenden Secht- und Wehler-Panne Sorge zu tragen.

Reichsbankdirektor Schacht in Paris.

Soll Deutschland gezwungen werden, seine Eisenbahnen dem Privatkapital anzuliefern?

Reichsbankpräsident Schacht ist Sonnabend vormittag in Paris eingetroffen. Er hat sich direkt zum Sachverständigenausschuss begeben, mit dessen Mitgliedern er eine inoffizielle Besprechung hatte. Die erste gemeinschaftliche Sitzung ist heute nachmittags 3 Uhr.

Der Sachverständigenausschuss prüft neuerdings die Lage der deutschen Eisenbahnen und ihre Rentabilität. Er hat zu seinen Beratungen zwei der bekanntesten Eisenbahnsachverständigen, einen englischen und einen französischen, hinzugezogen. Im Ausschuss scheint eine harte Tendenz zu Gunsten der völligen Unabhängigkeit der deutschen Eisenbahn vom Reich und ihrer Übertragung an eine oder mehrere Privatschiffen vorzuherrschen. Der Ausschuss wird auf diesem Wege beauftragt durch die Maschinenbau-Kommission deutscher Großindustrieller, die seit einiger Zeit in Paris eine für die nationalen Interessen Deutschlands verberende Aktivität entfalten.

Ueber die letzten offiziellen Verhandlungen zwischen den Mitgliedern des Sachverständigenausschusses will „Chicago Tribune“ erfahren haben, daß die Sachverständigen die Einnahmen aus den deutschen Eisenbahnen, gewissen elektrischen Werken, der Tabak- und Alkoholkonsum und aller Quellen zu schätzen versucht hätten, die für die Begleichung der Reparation Verwendung finden könnten. General Dawes sei, wie verlautet, für die Fortsetzung der Arbeiten in Berlin zu einem möglichst nahen Zeitpunkt. Das Sachverständigenkomitee soll nach dem Waite weiter der Ansicht sein, daß eine Auslandsanleihe, und zwar in Höhe von einer Milliarden Goldmark genügen werde, die deutsche Währung endgültig zu stabilisieren. Dem „New York Herald“ zufolge wird vielfach erwartet, daß die Besprechungen mit Dr. Schacht zu der Frage führen werden, wie weit das Sachverständigenkomitee in der Aufstellung seines fünfjährigen Arbeitsprogramms gehen könnte. Poincaré habe keinen Zweifel darüber gelassen, daß er den französischen Sachverständigen gewisse Instruktionen erteilt habe. Im Gegensatz zu den Amerikanern seien also die französischen Sachverständigen nicht unabhängig von ihrer Regierung.

Französische Hilfe für Deutschland.

Romain Rolland hat einen Aufruf zu Sammlungen für die „Anhaltlichen in Deutschland“ erlassen, der sofort von einer großen Reihe der angesehenen Künstler und Gelehrten unterzeichnet wurde, so von Wilde, Tubame, Baid, Masereel u. a. Im Anblich an diesen Aufruf erließ Charles Bernard von der „Nouvele Revue“ in Genf eine Sammlung für die deutschen Intellektuellen. Die hiesige Liga für Menschenrechte hat einstimmig beschlossen, unter ihren 1000 Mitgliedern, sowie durch Aufrufe in den Zeitungen für die hungernden deutschen Kinder zu sammeln. Die kommunistische „Humanité“ sammelt seit längerer Zeit und mit größtem Erfolge für die Hungernden in Deutschland.

Eisenbahnerstreik in England. Neuer melde aus London: Da im Streit mit den Vorkontrollführern sein Fortschritt erzielt worden ist, tritt die Streikankündigung Sonntag um Mitternacht in Kraft.

Morgen
letzter
Zeichnungstag

Sichere die

Danziger Währung

zeichne

Aktien der Bank von Danzig



1174

Aus dem Volkstag.

Drei kleine Anfragen sind dem Volkstag neu zugegangen. Abg. Mayer (Dnalk.) wünscht Auskunft, wieviel Grund- und Hausverkäufe nach Annahme des Grundwechsellastengesetzes in der Freien Stadt Danzig abgeschlossen sind, wie hoch der Verkaufspreis war und wie oft von dem gemeindlichen Vorkaufrecht Gebrauch gemacht worden ist.

Die Justizverwaltung hat im Einverständnis mit dem Rechnungsprüfungsamt zunächst probeweise die veralteten Monatskontrollzettel über geleistete Kanzleiarbeiten wieder eingeführt. Das Schema weist einen für die heutige Zeit nicht passenden Büroaufwand auf, der z. B. darin besteht, daß zwei Beamte oder Angestellte die von ihnen geleistete Kanzleiarbeit zellen- und stundenweise nachzählen müssen. Durch Nachprüfung dieser Angaben an anderer Stelle wird ungeheure Mehrarbeit geleistet, die mit erheblichen Mehrkosten verbunden und vollständig überflüssig ist.

Der Senat wird nun gefragt, ob er diese Maßnahme zu gestatten gedenkt.

Unter dem 7. Dezember 1923 ist an den Senat eine kleine Anfrage wegen der Zwangs-pensionierung kriegsbeschädigter Beamter gerichtet. Auf diese Anfrage ist keine Antwort erfolgt. Die Anfrage ist deshalb erneut gestellt und um Antwort gebeten worden.

Ein weiterer Antrag fordert vom Senat die Einbringung eines Beamten-Pensionsgesetzes.

Tagesordnung der nächsten Volkstagsitzung. Mittwochs nachmittags 3.30 Uhr tritt der Volkstag zur Erledigung nachstehender Tagesordnung zusammen: Wahl eines Senators im Nebenamt. Antrag des Abg. Raabe und Fraktion betr. politische Anerkennung Sowjet-Rußlands. Antrag des Abg. Raabe und Fraktion, den Senat zu beauftragen, Gaudelsbeziehungen mit Sowjet-Rußland anzubahnen. Antrag des Abg. Schwegmann und Fraktion, den Senat zu ersuchen, dem Volkstag Vorlagen zur Regelung der gesamten Steuererhebung zu machen. Erste Beratung eines Gesetzesentwurfs betr. Aufhebung von Steuern. Erste Beratung eines Gesetzesentwurfs zur Abänderung des Einkommensteuergesetzes. Erste Beratung eines Amneistie-Gesetzes. Antrag des Abg. Raabe und Fraktion. Erste Beratung eines Amneistie-Gesetzes. Antrag des Abg. Gehl und Fraktion. Antrag und Vorlage des Entwurfs eines Beamten- und Pensionsgesetzes. Antrag auf Erhöhung der Beiträge für Sozial- und Kleinrentner. Antrag des Abg. Dr. Plavier und Gen. betr. Erhaltung des Berufsständemessens bei der Beschlußfassung über Beamtenabbau.

Vom „Columbus“.

„Am Kaiserhafen“ so schreibt unser Parteivorstand in Bremerhaven „Norddeutsche Volksstimme“, liegt am 1. Dezember das größte Schiff der deutschen Handelsflotte und wird viel bewundert. Alle auch diejenigen, die auf diesem Gebiete schon etwas gewöhnt sind an Luxus und Pracht, beginnen das schwimmende Ungewöhnliche, das bestimmt ist, nur alle die Unglücklichen, die in ihrem Vaterlande nicht mehr leben können, als auch die Glücklichen und Gottbegnadeten, die im Volkstüm von Gold- und Schmerten sind, ins neue Land zu bringen. Dieses Schiff ist der Pfanddampfer „Columbus“. Kommt man in dieses imposante Bauwerk, so sieht das Auge Pracht, Glanz, Reichtum und Wohlstand. Hier hat der deutsche Arbeiter, Techniker und Künstler Großes geschaffen, und während dieses Werk vollbracht wird, denken alle die auf diesem Schiffe Reichhaltigen darüber nach, wovon die Kinder satt werden sollen, woher die Mütter nehmen, um wieder Kräfte für den folgenden Tag zu haben, um solchen Palast zu bauen, um als Kronleuchte Zeugnisse zu legen, damit sich der Reichbesitzer, der Arbeitgeber, nicht den Hut stoße. Und alle, die es noch nicht wissen, sollen sich erfahren, was deutsche Arbeit, Technik und Kunst schaffen kann. Der Film als moderne Anbahnungsform soll es deshalb aller Welt verkünden. Dazu werden aber alle Klassenfreunde dieser „Damen“ geladen und sie sind auch alle erschienen. Unter dem Licht der Scheinwerfer und dem Geräusch des Motorsollens soll es der Welt verkündet werden: So leben wir an Bord des „Columbus“! Und zu Ehren dieses Gansestücker ist großer Festmahl der Gäste. Hochste Tafeln mit allen möglichen Vorkesseln und Weinen. Aber die Volksgenossen die solche Festmahl haben und in Häuten wohnen sie deren Hände abwaschen haben und trotzdem hungrig und frieren. Sie müssen an solchen Tagen ihrer Hände Werk ruhen lassen, wenn sie die Herrschaften östlich um. Dann darf nicht auf dem Schiffe gearbeitet werden. — Zur selben Zeit und im selben Hafen liegt aber noch ein anderes großes Schiff ebenfalls

voller Pracht. Aber es führt eine andere Flotte, die eines Siegerskates, eines „Freundes“. Auch auf diesem Dampfer findet ein großes Festessen statt. Aber welcher Unterschied! Der Dampfer „Amerika“ spielt zur selben Zeit 200 arme, ausgehungerte deutsche Kinder, welche die Kinder dieser Väter, die berufen sind, ihre Arbeitskraft zu verkaufen, um deutsche Prachtbauten zu bauen. Ein „feindliches“ Schiff füllt deutsche Kinder, während auf dem deutschen Schiffe ein Schlemmer- und Prasserleben inszeniert wird. Tausende schwelgere Käufe ballen sich, aber die Hände von 1200 armen Kindern senken sich dankbar ineinander. Ist das die vielbesprochene göttliche Weltordnung?

Auffakt zu den Gemeindevahlen.

In der am Freitag haltgefundenen Mitgliederversammlung des Sozialdemokratischen Vereins sprach Gen. Brill über die bevorstehende Neuwahl der Gemeindevertretungen. Zunächst ging der Redner auf die Gemeindeverwaltung ein und behandelte dabei die Fragen der Selbstverwaltung, Gemeindefürsorge, Grund- und Bodensfrage, kommunale Wohnungspolitik, Wohlfahrtskollege und Kulturaufgaben der Gemeinden. Das sozialdemokratische Programm stellt im Hinblick auf die Selbstverwaltung folgende Forderungen an den Staat: Ausbau der Selbstverwaltung in den kommunalen Verbänden (Kreis und Gemeinden), dabei ist an dem Grundsatz festzuhalten, daß die örtliche Verwaltung in ihrer Gesamtheit in den kommunalen Verbänden (Kreis und Gemeinden) konzentriert bleiben muß und nicht in besondere, ohne Zusammenhang nebeneinanderstehende Zweigorganisationen aufgeteilt werden darf. Für die Neugestaltung der Selbstverwaltung in den Gemeinden gelten folgende Richtlinien: Die Gemeinden und Gemeindeverbände haben heute nach Maßgabe des Gesetzes durch ihre eigenen Organe teils Selbstverwaltungsangelegenheiten, teils Auftragsangelegenheiten zu erledigen. Selbstverwaltungsangelegenheiten sind die ihnen gesetzlich obliegenden oder freiwillig von ihnen übernommenen, Auftragsangelegenheiten die ihnen übertragenen staatlichen Angelegenheiten.

Dann gab der Redner einen Überblick über die Tätigkeit der sozialdemokratischen Gemeindevorteiler. Ihre Tätigkeit fiel in die Zeit nach dem wilhelminischen Ansturmbruch und die der Geldentwertung. Dazu gehört mit zu den Gemeinden, die vor und während des Krieges am schlechtesten gelitten wurden. Die früheren Gemeindevorteiler kammerten sich wenig um das Allgemeinwohl, sondern betrieben die fräustliche Interessentpolitik. Durch diesen Mißbrauch wurden die neuemählten sozialdemokratischen Vertreter durch. Daß dieses nicht immer ganz leicht war, ist erklärlich, um so mehr, wenn man bedenkt, daß die vor der Wahl sich so kommunistisch revolutionär gebarenden Gemeindevorteiler, als sie sahen, daß nicht Interessentpolitik, sondern nur Politik des Allgemeinwohls betrieben werden muß, sich nicht mehr um die Gemeindevorteiler kümmern, ja auch nicht den Mut aufbrachten, ihr Mandat, das sie hinfällig nicht mehr ausübten, niederzulegen und die Auftragsangelegenheiten und Aufgaben der Sozialdemokratie allein überließen. Redner erklärte, daß die Sozialdemokratie ihre Aufgabe im Rahmen des Möglichen an gelöst habe. Auch die Bürgerlichen, wenn sie ehrlich seien, müßten anerkennen, daß die neuemählten Gemeindevorteiler im Interesse des Allgemeinwohls in der drei Jahren mehr geleistet haben als die früheren in 30 Jahren. Redner besprach die einzelnen Vorschläge der Gemeinde Deba und kam dann auf die anstehende Wahlarbeit zu sprechen.

Bei der Neuwahl des Vorstandes des Kreisvereins wurden gewählt: zum 1. Vorpräsident Georg Denerabau, zum 2. Vorsitzenden Bernhard Schmedde, zum Kassierer Peter und zum Schriftführer Richter.

Wirtschaft, Handel, Schifffahrt.

Anslands Währungsreform. Das russische Volkstum ministriert der Finanzen befaßt sich derzeit mit der Frage des endgültigen Uberganges zu einer wertbeständigen Währung. In erster Linie sollen Staatskassencheine zu 5, 3 und 1 Rubel herausgegeben werden, womit die bisher fehlende Möglichkeit einer Einwechslung von Fiktionensnoten in kleinere wertbeständige Währungseinheiten geschaffen wird. Diese Staatskassencheine sollen als vorläufige Zahlungsmittel fungieren. Nach dem Entwurf des Finanzministeriums soll die jeweilige Emission von Staatskassencheinen nicht mehr als die Hälfte der gleichzeitigen Ubergangsemission betragen. Im Zusammenhang mit der Emission der Staatskassencheine soll die Ausgabe von Sowjetrubeln stark eingeschränkt und mit der Zeit völlig eingestellt werden.

der Kampe und ermahnte um Mitleid man solle wenigstens den Dichter Döller respektieren. Es wurde dann bei erleuchteterem Sinne weiter geurteilt. Inzwischen traten mehr als hundertwändige Paniker ein. Erste Gruppen im Parken und in den Anlagen schrien vor offener Bühne einander los. Mitten im Dialog des zweiten Aktes wurde lebend das Deutschlandlied und die Hymne am Rhein gesungen. Reihenweise wurden darauf von der Schupmannschaft die Theaterbesucher aus dem Zuschauerraum entfernt. Der dritte Akt ging völlig im Lärm unter. Während des Theaterstaundes erlitt infolge der Aufregung ein Berliner Publikum einen Schlaganfall, an dem er sofort verstarb.

Die unästhetische Melodie im kaislichen Budapest. Die Budapest Polizei hat vor einigen Tagen den ungarischen Text des bekannten Waffenhörners „Ausgerechnet — Bananen“ wegen des unästhetlichen Inhalts verboten. Einem Melodie spielte die Passanten in einem Budapest Cafés die Melodie des Liedes. Darauf erhob sich der diensthabende Polizeioffizier, ging zum Kapellmeister und zwang ihn, das Lied unter Vergütung auf das Verbot auf der Stelle abzuschaffen. Alle Eindringlinge des Dirigenten, daß bloß der Text, nicht aber die Melodie wegen Unästhetlichkeit verboten sei, blieben fruchtlos. Die Kapelle durfte das „Bananenlied“ nicht mehr spielen.

Goldentod eines Arztes. In dem mährischen Ort Gwamowitz befindet sich ein unästhetisches diagnostisches und therapeutisches Institut. Sie heißen die Besitzerin, zu denen die gefährlichsten auf Menschen übertragbaren Krankheiten der Tiere, namentlich Tollwut und Rot, bekämpft werden. Daneben werden kranke Tiere und an diesen Krankheiten erkrankte Menschen behandelt und die Ursachen der Krankheiten und die Möglichkeiten ihrer Verhütung theoretisch erforscht. Die drei Ärzte, die sich diesem edlen Zweck widmen, scheitern in ihrer Lebensarbeit. Von Jahr zu Jahr müssen sie unzählige mal erkrankte Tiere und Personen berühren, unausführlich bekommen sie die Krankheitskeime in ihre Augen und an ihren Körper. Und es ist ein Wunder, wenn einer nicht durch irgendeinen Unfall von einem der Millionen dieser Keime, aber um so gefährlicheren Lebewesen infiziert wird. Aber hin und wieder ereignet sich dieser Gefahr und findet ein schreckliches Ende, das um so schmerzlicher ist, als er vom Augenblick der Infektion an das Ende vorausliegt. Einen solchen Goldentod hat einer

Neuer Sturz des Franken. Auf dem Devisenmarkt in Paris herrscht auch weiterhin ausgesprochene Unsicherheit. Im Verkehr der Banken war das Pfund am Sonnabend bereits annähernd auf 93, den Dollar auf über 22 gestiegen, um an der Börse mit 92,85 bzw. 21,95 zur amtlichen Notierung zu gelangen. Unmittelbar nach Währungsabschluss trat eine neue Abwärtsbewegung des Franken ein, die das Pfund auf über 92, den Dollar auf 22,05 steigen ließen. Damit hat der Frank erneut einen großen Teil des Kursgewinnes der letzten Tage eingebüßt. Die am Sonnabend von der Bank von Frankreich vorgenommene Herabsetzung des Diskontsatzes von 5 1/2 auf 6 Prozent hat also gerade das Gegenteil der beabsichtigten Wirkung erzeugt. — Der südlawische Finanzminister hat befohlen, alle Personen, die in französischen Franken spekulieren, zu verhaften bzw. auszuweisen. Die Nationalbank in Belgrad hat einen bedeutenden Frankentausch vorgenommen.

Französische Eroberung der russischen Erze. Eine französische Finanzgruppe erhielt von der Sowjetregierung umfangreiche Konzessionen zur Ausbeutung der riesigen Eisenerz- und Manganerzgruben in Krimstrog. Dieses Geschäft deutet auf eine bevorstehende Anerkennung Sowjetrußlands durch Frankreich hin. Die Abberufung der russischen Handelsvertretung in Paris dürfte dem Zweck dienen, die Anerkennung zu beschleunigen. Manchem hatte den Plan, daß der für Deutschland verlorenen kohlensauer Erze die Aufhebung der russischen durch deutsches Kapital zu ermöglichen und mit den Gewinnen aus Rußland die Reparationen zu bezahlen. Statt dessen bekommt nun das französische Kapital auch die russischen Erze in die Hand.

Eine Gruppe Beteiligung in Spanien. „Daily Mail“ führt aus Barcelona, daß der Beauftragte der Gruppe Werke, Duval, ein Abkommen unterzeichnet habe, wonach Krupp sich an den spanischen Maschinenwerken La Maquinista Terrestre y Maritima, die 1875 gegründet wurde, beteiligt. Krupp beabsichtigt den Bau von Dampfern für die Deutsch-Spanische Eisenbahn zu beginnen, außerdem Lokomotiven für die spanischen Eisenbahnen zu konstruieren. Laut dem getroffenen Abkommen sollen die Deutschen das technische Personal und die spanischen Banken bringen dagegen das nötige Kapital zur Erweiterung der Anlagen auf.

Streik und Ausperrung in Bremen. Die Weigerung der Arbeiter bzw. der Werkstätten, länger als acht Stunden zu arbeiten, hat nunmehr auch in Bremen zu Streik und Arbeiterausperrungen geführt. Infolge Lohn- und Arbeitsunterschieden sind die Arbeiter der Hanla-Plond-Werke, etwa 2000 Mann, in den Streik getreten. — Aus dem gleichen Grunde hat die Direktion des Hochseerwerkes Norddeutsche Sütte die gesamte Belegschaft entlassen.

Schütze Danzig

vor der Wiederkehr der Inflation

Zeichne Aktien

der Bank von Danzig

Morgen, Dienstag, Zeichnungsschluß.

Ämtliche Börsennotierungen.

Danzig, 19. 1. 24

1 Dollar: 5,90 Danziger Gulden.
1 Million poln. Mark: 0,58 Danziger Gulden.
1 Rentenmark 1,36 Gulden.
1 Billion Reichsmark 1,36.

Berlin, 19. 1. 24

1 Dollar 4,2 Billionen, 1 Pfund 18 Billionen Mk.

Danziger Getreidepreise vom 19. Januar. (Ämtlich.)
In Danziger Gulden per 50 Kilo. Weizen 10, — 10,50, Roggen 5,95 — 6,15 Gerste 6,15 — 6,50, Hafer 5,30 — 5,50.

Verantwortlich für Politik: Ernst Loops, für Danziger Nachrichten und den übrigen Teil: Fritz Weber, für „Intricate“ Anton Froben, Ämtlich in Danzig. Druck und Verlag von A. Gehl u. Co., Danzig.

Blauäulein, ich muß scheiden...

Wir lesen im „Vorwärts“: Kleine Schiffe am Winterfeldplatz. Voll von jungem Volk, das lachend im Bierrennquell sich, wie man zu sagen pflegt, des Lebens freut. Eine kleine Zwei-Mann-Kapelle setzt ein, Klavier und Cello vereint: „Hakenkreuz am Stahlhelm, schwarz-weiß-rotes Band. Und alles beinahe die Stühle, hier sehe mit, all die schönen Verse durch bis zum schließlichen Akt im Weinalas...“

Da steht der Republikaner auf und sagt zu dem Reichswehrsoldaten-Jüngling, der eben noch nachsinnend die letzte Verszeile von der „Briade Ehrhardt“ summt, die „nicht untergeht“: Hören Sie mal, Sie unbekannter Soldat. Ihre Reichswehr ist doch unvollständig? Darauf der Arbeiter mit der schwarz-rot-goldenen Adlerkardate: „Was wollen Sie? Sie denken wohl, wir sind reaktionär? Das ist eins unserer Marschlieder, Mannäulein, ich muß scheiden“, das singen wir immer, und einen anderen Text — lernen wir nicht, verzeihen Sie?“ Dabei er in nicht mißverständlicher Weise nach dem Schwert an seiner Hüfte schielte und auf das kronenbesetzte Welt mit-uns-Kopfschloß schaute. Worauf der lediglich mit Pfannkuchen bemaltete Republikaner die Situation und seinen Ort erklärte.

Als er durch die nachdunkeln Straßen heimwärts wählte, dachte er in sich hinein: erkennst, wie aut, daß die Republik ihre Reichswehr hat; zweiter, wie schön, daß diese Reichswehr nun endlich entvollständigt ist und so herabgeleideten als Marschlieder besprochen. Vielleicht werden wir es demnächst noch erleben, daß die Reichswehr stahlhelmbedacht zur Melodie von: „Alle Vögel sind schon da...“ Verstummen.

Ein Theaterkandal in Dresden. In einem großen Theaterkandal kam es am Donnerstag abends gelegentlich der Erstaufführung von Ernst Toller's Tragödie „Der Dinkmann“ im Staatlichen Schauspielhaus zu Dresden. Schon in der ersten Szene setzte eine Bewegung im gänzlich ausverkauften Hause ein. Nach Paul Großhans' Bekenntnis er sei Atheist, wurde von einem Teil der Zuschauer auf Schulfußeln geworfen, von einem anderen lebhaft gelacht. Das Publikum erhob sich von den Plätzen, der Vorhang mußte fallen. Nachdem die Schupolizei einige Besucher mit Gewalt aus dem Theater entfernt hatte, erschien der Spelleiter des Abends, Schauspielregisseur Paul Tiede, vor

der Herde von Gwamowitz gefanden. Der Vizedirektor der Herde, Dr. Jakob Fuhrer, erkrankte an Pock, der gefährlichen Krankheit der Pferde, die aber auch Menschen erkräft. Er wußte es, und wußte auch, was das für ihn bedeutet. Monatelang arbeitete er weiter, in Schmerzen den Tod erwartend. Endlich stirbt er, ein Held und Märtyrer.

Leidliche Verabnahme bei Rauchoperationen. Um den Gefahren einer allgemeinen Paralyse aus dem Wege zu gehen, bedient man sich seit geraumer Zeit der örtlichen Verabnahme. Diese kann sowohl am Orte der Operation selbst, wobei man im letzteren Fall den das Operationsgebiet verlassenden Gefäßsnerven in seinem Hauptstamm unempfindlich macht (sogenannte „Veitnamasnanästhesie“). Ein solches Verfahren läßt sich auch bei Operationen im Oberbauch in Anwendung bringen, indem man bei abstrakter Verabnahme den sensiblen Eingeweidenerven durch Einföhrung von 100 Kubikzentimetern 1 Prozentiger Novokain-Suprarenolösung in das den Nerven umgebende Gewebe verab. Die Bauchdecken selbst werden vor Eröffnung durch Einöhrung örtlich unempfindlich gemacht. Die Schmerzempfindlichkeit der Bauchhöhle ist oberhalb nur auf Gefäße, Nerven, Gallenwege, Leber- und Milanchle beschränkt. Der Eingeweidenerv selbst liegt in der Höhe des ersten Leberwirbels dicht neben der Wirbelsäule und ist unöhrer zu erreichen. Die Unempfindlichkeit der Bauchorgane tritt bei diesem Verfahren 1 1/2 bis 2 Stunden ein und besteht fast unmittelbar nach der Einföhrung. Anwendungliche nachteilige Folgen haben sich hierbei nicht ergeben.

Die Sicherheit bei Schiffkreuzen. Die aus Neuork berichtet wird, wurden im Berichtsjahr 1923 in den Vereinigten Staaten laut Bericht des Dampfmaschineninspektionsdienstes 23 190 562 Passagiere befördert. Die Gesamtunfälle auf diesen Schiffen während des Berichtsjahres beliefen sich auf: 107 Personen Verlust des Lebens 197, nachher erfolgter Tod 217, von welchen nur 30 Passagiere betroffen. 116 von diesen Unfällen wurden herbeigeföhrt durch Schiffwunden, durch Ueberbordfallen und andere Unfälle der Besatzungen, während nur 81 Fälle auf Kollision, Explosion und Untergang erfolgten. Der Anteil der durch solche Unfälle mangelkommen Passagiere war 15 1/2 Prozent.

